

17. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz

24./25. November 2001, Rostock, Stadthalle

Grüne

Beschluss: Haushalt 2002 und Wahltat 2002



◆ **Haushaltsplanung 2002**

Vorwort..... Seite 3

◆ **Haushalt 2002Seite 4**

Der Haushalt 2002 im Überblick..... Seite 4

Zusammenfassung der Veränderungen im Vergleich zum Etat 2001..... Seite 5

Erläuterungen zum Entwurf Einnahmen.....Seite 6-7

Erläuterungen zum Entwurf Ausgaben.....Seite 8-10

Stellenplan 2002..... Seite 11

◆ **Wahletat 2002..... Seite 12- 13**

◆ **Mittelfristige Planung 2001 - 2006Seite 14**

Mittelfristige Planung 2000 - 2006..... Seite 14

Erläuterungen.....Seite 15-16

◆ **Abschluß 2000Seite 17**

Der Überblick..... Seite 17

Haushaltsabschluß 2000 Soll – Ist Einnahmen.....Seite 18-19

Soll - Ist Ausgaben.....Seite 19-21

◆ **Zur Vermögenssituation der Bundespartei Ende 2000**

Übersicht 1999/2000..... Seite 22

17.10.2001

Dietmar Strehl

Beschluss der BDK in Rostock:

AntragstellerInnen: Bundesvorstand und Bundesfinanzrat

Anmerkung:

Der Bundesfinanzrat hat die folgenden Anträge auf seiner Sitzung am 28.9.2001 beschlossen

1.) Der Haushalt 2002 wird wie vorgelegt beschlossen.

2.) Der Wahletat 2002 wird wie vorgelegt beschlossen.

3.) Die Landesverbände zahlen an den Bundesverband zur Finanzierung des Wahletats einen Zuschuß von 700.000 DM.

Die Verteilung wird wie folgt beschlossen:

Der derzeit geltende Verteilungsschlüssel der staatlichen Grundfinanzierung wird für die großen Landesverbände Baden - Württemberg, Bayern, Niedersachsen, Hessen, Nordrhein-Westfalen mit 1 multipliziert und für die anderen mit 0,5.

4.) Die Beitragsumlage an den Bundesverband beträgt ab 1.1.2002 gerundet 2,55 Euro.

Haushaltsvorlage 2002

Vorwort

Die Delegierten der BDK in Stuttgart hatten mit großer Mehrheit den Beschluß gefaßt einen Wahletat von 4 Mio DM freizugeben, als politisches Ziel aber weiterhin einen Etatrahmen von 5 Mio DM zu erreichen.

Wir waren uns in der Einschätzung einig, dass die Bundespartei - aber auch die Untergliederungen - aufgrund der sinkenden Beitragseinnahmen und der fallenden staatlichen Finanzierung in einer sehr schwierigen Finanzlage sind.

Die Eckdaten für den Haushalt haben sich noch einmal verschlechtert. Zusätzlich haben wir die Entscheidung getroffen, aufgrund der aktuellen politischen Lage eine weitere BDK im nächsten Jahr durchzuführen.

Als Folge dieser Eckdaten müssen wir davon ausgehen, dass der Bundesverband ein strukturelles Defizit von mindestens 450.000 DM jährlich hat. Eine Umverteilung von unten nach oben haben wir für die nächsten Jahre ausgeschlossen.

Wir waren uns aber auch mit den Mitgliedern des Bundesfinanzrates einig, für das Jahr 2002 keine deutlichen strukturellen Sparmaßnahmen vorzunehmen, um die konzentrierte Arbeitsfähigkeit der Bundespartei im Wahljahr 2002 nicht zu gefährden.

Der Haushaltsentwurf 2002 und die im September gefaßten Beschlüsse des Bundesfinanzrates führen jetzt zu einem Haushaltsrahmen für den Wahlkampf zur Bundestagswahl von 4,8 Mio DM. Hierin enthalten ist auch die Finanzierung der weiteren BDK in Höhe von 330.000 DM .

Wir weisen aber auch ausdrücklich auf **weitere Risiken** hin, die wir nicht durch Umschichtungen auffangen können.

Spenden der Abgeordneten:

Nach dem jetzigen Stand der Zusagen werden wir im Jahr 2001 von den Mitgliedern des Deutschen Bundestages **1.110.000 DM** erhalten. Bei bisher erwarteten 1.300.000 DM fehlen damit 190.000 DM.

Bei den Abgeordneten des Europäischen Parlamentes können wir nach den jetzigen Zusagen **92.000 DM** erwarten. Bisher waren wir von 200.000 DM ausgegangen. Für das Jahr 2002 haben wir bereits 50.000 DM im Plan abgezogen.

Insgesamt hätten wir damit einen Ausfall von **300.000 DM im Jahr 2001 und 250.000 DM im Jahr 2002** zu erwarten.

Beitragseinnahmen:

Für das Jahr 2001 haben wir die Zahlen inzwischen auf den aktuellen Wert von 46.500 Mitglieder angepaßt. Diese Zahl ist auch in der Kalkulation für das Jahr 2002 angesetzt.

Eine Veränderung um 1000 Mitglieder bedeutet für den Bundesverband 60.000 DM Mindereinnahmen bzw. Mehreinnahmen.

Staatliche Grundfinanzierung:

Aufgrund der Zahlen im Jahr 2000 bei Spenden und Beiträgen, die bei weitem schlechter sind als erwartet, müssen wir von einem jährlichen Ausfall von mindestens **200.000 DM** (Für den Bundesverband 60.000 DM) ausgehen. Im Haushaltsplan 2002 und der mittelfristigen Planung sind diese Zahlen berücksichtigt.

Die Finanzlage der Bundespartei ist aufgrund der politischen und finanziellen Entwicklung der letzten 3 Jahre in einer äußerst angespannten Situation. Neben den bereits eingeplanten Einbrüchen auf der Einnahmeseite sind weitere Risiken benannt. Das Vermögen der Bundespartei mit einer Größenordnung von ca 2 Mio DM ist überwiegend mittel - bis langfristig gebunden. Konsequenz hieraus:

Zur Aufrechterhaltung der Liquidität ist der Bundesverband wie bereits in den letzten beiden Jahren auf Kredite bis zu einer maximalen Höhe von 4,3 Mio DM (zum Jahresanfang 2003) angewiesen. Ein Großteil dieser Mittel wird durch die Festgeldanlagen der Gliederungen zu günstigen Zinskonditionen eingeworben.

Der Haushalt 2002 im Überblick

		2000 IST	2001 Beschluß BDK Stuttgart	2002 Plan in DM	Differenz 2002 zu 2001 BDK	2002 Plan in Euro
Zusammenfassung						
2	EIGENEINNAHMEN	4.102.712	4.850.000	5.650.000	800.000	2.888.799 €
8	STAATLICHE FINANZIERUNG	13.536.519	13.055.000	13.155.000	100.000	6.726.045 €
13	AUFLÖSUNG RÜCKLAGEN	0	0	3.680.000	3.680.000	1.881.554 €
1	EINNAHMEN	17.639.230	17.905.000	22.485.000	4.580.000	11.496.398 €
		IST 2000	Plan 2001	Plan 2002 in DM	2002 zu 2001 BDK	Plan 2002 in Euro
18	PERSONALAUSGABEN	2.328.159	2.494.037	2.554.002	59.965	1.305.840 €
22	LFD. GESCHÄFTSBETRIEB	1.653.739	1.690.450	1.694.450	4.000	866.359 €
37	GREMIENARBEIT	1.931.043	1.914.000	1.280.000	-634.000	654.454 €
44	BUNDESVORSTAND	1.049.413	1.168.212	1.207.911	39.700	617.595 €
47	ÖFFENTLICHKEITSARBEIT	396.657	400.000	380.000	-20.000	194.291 €
52	INTERNATIONALER SOLIFONDS	41.581	0	0	0	0 €
53	ÖKOFONDS	270.126	0	0	0	0 €
54	SONDERHAUSHALTE WAHLEN	2.729	0	4.980.000	4.980.000	2.546.234 €
57	ZUSCHÜSSE AN GLIEDERUNGEN	9.476.273	9.138.500	8.998.500	-140.000	4.600.860 €
60	ABSCHREIBUNGEN	142.535	150.000	165.000	15.000	84.363 €
64	ZUFÜHRUNG RÜCKLAGEN	1.010.000	950.000	1.230.000	280.000	628.889 €
17	AUSGABEN	18.302.256	17.905.199	22.489.863	4.584.664	11.498.884 €
	Gewinn u. Verlust	-663.026	-199	-4.863	-4.664	-2.486 €

Zusammenfassung der Veränderung im Vergleich zum Etat 2001

<u>Verschlechterungen insgesamt</u>	<u>480.000 DM</u>
1.) <i>Mindereinnahmen</i>	280.000 DM
Mitgliedsbeiträge	- 150.000 DM
Staatliche Grundfinanzierung	- 60.000 DM
Spendenausfall Europa	- 50.000 DM
Sonstige Einnahmen	- 20.000 DM
2.) <i>Mehrausgaben</i>	200.000 DM
Personal	- 65.000 DM
Personal Buvo	- 40.000 DM
Abschreibungen	- 15.000 DM
Zinsbelastung	- 80.000 DM
<u>Verbesserungen</u>	<u>1.445.000 DM</u>
3.) <i>Mehreinnahmen</i>	620.000 DM
Spenden juristische Personen	20.000 DM
Indexerhöhung 2% für BV 2002	300.000 DM
Indexerhöhung 2% für BV im Vorgriff auf 2003	300.000 DM
4.) <i>Minderausgaben</i>	925.000 DM
Tagungen	629.000 DM
Laufender Geschäftsbetrieb	76.000 DM
Aktionshaushalte	20.000 DM
Internet/Sonstige Personalkosten	10.000 DM
Keine SonderRücklage BDK	90.000 DM

Die "Verbesserung" im Vergleich zu 2001 beträgt demnach 965.000 DM. Hiervon werden 370.000 DM mehr für die Rücklage eingesetzt. Der Rest in Höhe von knapp 600.000 DM deckt den Wahletat. 3.500.000 DM aus der Rücklage + 600.000 DM ergibt 4.1 Mio DM Wahletat. Weitere 700.000 DM kommen von den Landesverbänden, damit erreichen wir dann eine Etatsumme von 4.8 Mio DM.

BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN Bundesverband						
Haushalt 2002						
Stand	24.09.01	2000	2001	2002	Differenz	2002
		IST	Beschluß BDK Stuttgart	Plan in DM	2002 zu 2001 BDK	Plan in Euro
1	EINNAHMEN	17.639.230	17.905.000	22.485.000	4.580.000	11.496.398 €
2	EIGENNAHMEN	4.102.712	4.850.000	5.650.000	800.000	2.888.799 €
3	Mitgliederbeiträge	2.854.048	2.940.000	2.790.000	-150.000	1.426.504 €
4	Spenden	1.191.512	1.860.000	1.830.000	-30.000	935.664 €
5	Kapitalerträge	0	0	0	0	0 €
6	Vorgriff auf 2003	0	0	300.000	300.000	153.388 €
7	Sonstige Einnahmen/ Zuschüsse LV	57.151	50.000	730.000	680.000	373.243 €
8	STAATLICHE FINANZIERUNG	13.536.519	13.055.000	13.155.000	100.000	6.726.045 €
9	Grundfinanzierung Bund	4.062.510	3.916.500	4.156.500	240.000	2.125.185 €
10	Grundfinanzierung Länder	9.474.009	9.138.500	8.998.500	-140.000	4.600.860 €
11	Länderfinanzausgleich	0	0	0	0	0 €
12	Sonstige	0	0	0	0	0 €
13	AUFLÖSUNG RÜCKLAGEN	0	0	3.680.000	3.680.000	1.881.554 €
14	Wahlkämpfe	0	0	3.500.000	-3.500.000	1.789.522 €
15	Sonstige Rücklagen	0	0	180.000	-180.000	92.033 €

Erläuterung der Einnahmen

A: Eigeneinnahmen

1.) Zeile 3 Mitgliederbeiträge

Im Jahre 2000 hatten wir zum Jahresende 46.500 Mitglieder. Für das Jahr 2002 gehen wir von dieser Zahl aus. Zur Beachtung: 1000 Mitglieder mehr machen 60.000 DM für den Bundesverband aus.

2.) Zeile 4 Spenden:

Im Ansatz sind jetzt bei den Spenden der MDB's und MDEP's 50.000 DM weniger eingestellt, da wir inzwischen 3 Abgeordnete im EP verloren hatten. Die Gesamtsumme aus dem Bundestag beträgt dann 1.300.000 DM und aus Europa 150.000 DM.

Bei den Spenden von Unternehmen und Privatpersonen gehen wir von 30.000 DM mehr aus als 2001. Das erscheint aufgrund der Entwicklung in 2001 durchaus sehr realistisch.

3.) Zeile 5 Kapitalerträge

Es wird sicherlich Zinsen für kurzfristige Geldanlagen geben, die werden im Plan aber mit den Sollzinsen für aufgenommen Kredite (bei den KV/LV bzw. bei der Bank) verrechnet.

4.) Zeile 6: Vorgriff auf 2003:

Der Bundesfinanzrat hat beschlossen die erwartete Indexerhöhung für die Jahre 2001 - 3 für

den Bundestagswahlkampf einzusetzen. Damit der Plan in sich gedeckt ist, ist diese Einnahme im Vorgriff auf Gelder, die erst im Jahre 2003 fließen werden, hier kenntlich gemacht.

5.) Zeile 7 **Sonstige Einnahmen:**

In den Jahren 1999 bis 2001 waren die Sonstigen Einnahmen insbesondere wegen Verkäufen von EDV, Büromöbeln nach dem Umzug und Auflösung von Rückstellungen höher als erwartet. Wir gehen jetzt wieder von dem üblichen Durchschnitt von 30.000 DM aus. In dieser Position sind jetzt auch die 700.000 DM, die aus den Landesverbänden für den Wahlkampfhaushalt bereitgestellt werden.

B. Staatliche Mittel

6.) Zeile 8 - 10 **staatliche Grundfinanzierung:**

Dieser Einnahmeposten ist mit großem Risiko behaftet.

Insgesamt werden 245 Mio DM an die Parteien ausgezahlt. Grundlage sind die Wahlergebnisse zu Landtags- Bundestags - und Europawahlen bis zum 31. Oktober des laufenden Jahres. Die Wahlen in Berlin, Hamburg, Sachsen - Anhalt, Mecklenburg - Vorpommern gehen für das Jahr 2002 in die Planung ein. Hierbei wird für die Bundesebene keine negative Veränderung entstehen.

Problematischer ist die 2. Säule der Parteienfinanzierung.

Bisher sind wir davon ausgegangen, dass wir im Haushaltsjahr 2000 - die Zahlen sind die Grundlage für die Berechnung der staatlichen Finanzierung im Jahr 2001 - "nur" 1.3 Mio DM weniger an Spenden und Beiträgen erhalten haben als im Vorjahr. Gleichzeitig waren wir davon ausgegangen, dass die anderen Parteien zusammen etwa 5 Mio DM weniger eingenommen haben. Nach den jetzt vorliegenden Zahlen aus den Landesverbänden ist unser Einnahmeausfall allerdings viel höher. Wir müssen von 3.5 Mio DM ausgehen.

Die Zahlen von den anderen Parteien liegen noch nicht vor.

Direkte Folge, wenn es denn so eintritt: Die staatliche Finanzierung fällt für uns um ca 200.000 DM, für die Bundesebene also etwa 60.000 DM. In der vorliegenden Planung ist jetzt die Indexerhöhung um 2 % enthalten. Dieser Betrag macht ebenfalls 300.000 DM aus. Im Ergebnis würden wir den gleichen Betrag erhalten wie im Plan 2001, allerdings fehlt den Landesverbänden 140.000 DM und dem Bundesverband 60.000 DM in der aktuellen Planung.

7.) Zeile 13 **Auflösung Rücklagen:**

Der Stand der Rücklagen ist der folgenden Tabelle zu entnehmen:

Aus 1999	250.000 DM	
Aus 2000	920.000 DM	
Aus 2001	830.000 DM	laut Haushaltsplan
Zusätzlich	300.000 DM	aufgrund Beschluß Bufirat zur Indexerhöhung
Aus 2002	900.000 DM	
Zusätzlich	300.000 DM	aufgrund Beschluß Bufirat zur Indexerhöhung
Gesamtsumme	3.500.000 DM	

Weitere 180.000 DM werden aus der Sonderrücklage BDK'en aufgelöst. (Siehe auch Wahletat)

Beschluss der Bundesdelegiertenkonferenz in Rostock am 24./25. November 2001

BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN Bundesverband						
Haushalt 2002						
Stand	24.09.01	2000	2001	2002	Differenz	2.002 €
		IST	Beschluß BDK Stuttgart	Plan in DM	2002 zu 2001 BDK	Plan in Euro
17	AUSGABEN	18.302.256	17.905.199	22.489.863	4.584.664	11.498.884 €
18	PERSONALAUSGABEN	2.328.159	2.494.037	2.554.002	59.965	1.305.840 €
19	BGST Berlin	2.246.053	2.405.037	2.470.002	64.965	1.262.892 €
20	Sonstige Personalkosten	82.106	89.000	84.000	-5.000	42.949 €
21	LFD. GESCHÄFTSBETRIEB	1.653.739	1.690.450	1.694.450	4.000	866.359 €
22	Hauskosten BGST/Versand	140.219	150.400	150.400	0	76.898 €
23	Hauskosten/Zinsen Berlin	829.262	845.050	845.050	0	432.067 €
24	Zinsbelastung Kredite(Länder/Bank)	89.440	85.000	165.000	80.000	84.363 €
25	Bürobetriebskosten	133.023	139.000	139.000	0	71.070 €
26	Telefon, Telefax	112.218	94.000	89.000	-5.000	45.505 €
27	Porti	65.168	115.000	65.000	-50.000	33.234 €
28	Rechtskosten	3.925	17.000	12.000	-5.000	6.136 €
29	Wirtschaftsprüfer	11.153	14.000	14.000	0	7.158 €
30	Versicherungen	24.793	25.000	25.000	0	12.782 €
31	Kfz-Betriebskosten	5.288	6.000	0	-6.000	0 €
32	Informationskosten	113.945	130.000	130.000	0	66.468 €
33	Bewirtung/Repräs.	2.817	20.000	10.000	-10.000	5.113 €
34	Sonstiges	99.081	30.000	30.000	0	15.339 €
35	A.o.Ausgaben/Umzugskosten	23.408	20.000	20.000	0	10.226 €
36	GREMIENARBEIT	1.931.043	1.914.000	1.280.000	-634.000	654.454 €
37	Tagungen	1.199.887	1.163.000	534.000	-629.000	273.030 €
38	Aufwand BAGs	203.247	228.000	228.000	0	116.575 €
39	Aufwand Sonstige	36.286	50.000	50.000	0	25.565 €
40	Mitgliederzeitung	255.325	233.000	233.000	0	119.131 €
41	Internet	42.798	50.000	45.000	-5.000	23.008 €
42	Jugendverband	193.500	190.000	190.000	0	97.145 €
43	BUNDESVORSTAND	1.049.413	1.168.212	1.207.911	39.700	617.595 €
44	Personal Bundesvorstand (6 Pers.)	762.945	868.212	907.911	39.700	464.208 €
45	Aufwand BUVO/Parteirat/Fachkom.	286.468	300.000	300.000	0	153.388 €
46	ÖFFENTLICHKEITSARBEIT	396.657	400.000	380.000	-20.000	194.291 €
47	Aktionshaushalt BUVO	349.458	350.000	340.000	-10.000	173.839 €
48	Aktionshaushalt BAGs	47.199	50.000	40.000	-10.000	20.452 €
49	ZUSCHÜSSE AN ÖKOFONDS/ISF	311.708	0	0	0	0 €
50	ÖKOFONDS ZUSCHUSS LV'en	270.126	0	0	0	0 €
51	INTERNATIONALER SOLIFONDS	41.581	0	0	0	0 €
52	SUMME REGELM. AUSGABEN	7.670.719	7.666.699	7.116.363	-550.336	3.638.539 €
53	SONDERHAUSHALTE WAHLENVOST	2.729	0	4.980.000	4.980.000	2.546.234 €
54	Sonderetat Bundestagswahl 2002	2.729	0	4.980.000	4.980.000	2.546.234 €
55	ZUSCHÜSSE AN GLIEDERUNGEN	9.476.273	9.138.500	8.998.500	-140.000	4.600.860 €
56	Grundfinanzierung	9.474.009	9.138.500	8.998.500	-140.000	4.600.860 €
57	Sonstige Zuschüsse	2.265	0	0	0	0 €
58	ABSCHREIBUNGEN	142.535	150.000	165.000	15.000	84.363 €
59	Büroausstattung	127.317	120.000	125.000	5.000	63.911 €
60	Inforderungen/Sonstige	15.218	30.000	40.000	10.000	20.452 €
61	ZUFÜHRUNG RÜCKLAGEN	1.010.000	950.000	1.230.000	280.000	628.889 €
62	Wahlkämpfe	920.000	830.000	1.200.000	370.000	613.550 €
63	Sonderrücklagen BDK/Renovierung	90.000	120.000	30.000	-90.000	15.339 €
64	Etat - Ausgleich	-663.026	-199	-4.863	-4.664	-2.486 €

Erläuterung der Ausgaben

C: Personalausgaben

1.) Zeile 19 BGST - Stellenplan

Der Stellenplan wurde nur bei einer Stelle verändert. Und zwar entfällt das Sekretariat Grundsatzprogramm. Die Tariferhöhung von 2 % ab 1.9.2002 ist noch offen, aber im Plan enthalten. (*siehe Seite 10*) Bei einigen Stellen gibt es Erhöhungen aufgrund des Alterszuschlag des BAT. 75.000 DM aus dem vorgelegten Stellenplan werden aus dem Wahletat finanziert, und zwar die Aufstockungen im Telefon/Infobereich und beim Sekretariat pol. Geschäftsführer. Der gesamte Etat erhöht sich um 65.000 DM bzw. 2,6 %.

2.) Zeile 20 Sonstige Personalkosten:

Der Fahrtkostenzuschuß pro MitarbeiterIn beträgt 52,- DM im Monat. Weiterhin fallen folgende sonstige Personalkosten an: Unfallberufsgenossenschaft 20.000 DM, Aushilfen für Verschickungen o.ä. 25.000 DM, Stellenanzeigen und Weiterbildung 20.000 DM.

D: Laufender Geschäftsbetrieb:

3.) Zeile 22 Hauskosten BGST/ Versand

Neben der Miete für den Versand von 72.000 DM sind hier auch die Energiekosten sowie ca. 40.000 DM für die Reinigung der Geschäftsstelle enthalten.

4.) Zeile 23 Hauskosten/Zinsen für Bankkredite

Der Kreditrahmen für die Immobilie beträgt 12,5 Mio DM. Hieraus entstehen jährliche Kosten für Zinsen und Tilgung in Höhe von 925.000 DM. Weitere 55.000 DM werden für die Grundsteuer und andere Nebenkosten eingestellt.

Durch die Vermietung von Teilen des Hauses werden 135.000 DM eingenommen.

5.) Zeile 24 Zinsbelastung Kredite

Zu Jahresbeginn gehen wir von 1.5 Mio DM Kreditbedarf aus - Zum Ende des Jahres werden etwa 4,3 Mio DM gebraucht werden. Bei einem durchschnittlichen Zinssatz von 6 % entstehen Zinsbelastungen von 165.000 DM.

Ein großer Teil dieser Kredite wird von den Kreis - und Landesverbänden eingebracht.

6.) Zeile 25 Bürobetriebskosten

Der größte Posten sind die Kopierkosten mit etwa 80.000 DM. Büro - und EDV Material machen weitere 43.000 DM aus. Für zusätzliche Layoutkosten sind wie im Vorjahr 10.000 DM eingestellt.

7.) Zeile 26 Telefon

Aufgrund der neuen Telefonanlage werden wir bei den Grundgebühren etwas weniger ausgeben.

8.) Zeile 27 Porto

Bereits im Jahr 2001 konnten wir die Portokosten aufgrund der Einsparung von regelmäßigen

Kreis - und Ortsverbandsrundbriefen deutlich verringern. Die Informationen erfolgen aktuell per email.

9.) Zeile 31 **KFZ - Betriebskosten**

Der VW - Bus wurde in 2001 verkauft. Aus diesem Grunde fallen keine KFZ - Kosten an.

10.) Zeile 33 **Bewirtung/Repräsentation**

Aufgrund der Entwicklung der Vorjahre können wir hier von einem deutlich niedrigeren Betrag ausgehen.

E: Gremienarbeit

11.) Zeile 37 **Tagungen**

Hierzu gehören neben den Kosten einer 1,5 tägigen BDK nach der Bundestagswahl im Oktober/November 2002 mit 330.000 DM, die Kosten für Büro Grün mit 115.000 DM und eine Frauenkonferenz mit 60.000 DM. Zwei Frauenräte à 7.500 DM, sowie die Finanzräte und andere Gremien mit 13.000 DM. 2 Länderräte und die BDK im März in Berlin und auch die Sonderbdk im Mai 2002 werden über den Wahletat finanziert.

F: Bundesvorstand und Öffentlichkeitsarbeit

12.) Zeile 44 **Personal Bundesvorstand**

Die Erhöhung ergibt sich aus den Tarifen im Öffentlichen Dienst. Steigerung 2,4%

13.) Zeile 47,48 **Aktionshaushalt Buvo und BAG`en**

Beide Positionen werden um 10.000 DM gekürzt. Aus dem Aktionshaushalt des Bundesvorstandes werden 100.000 DM zugunsten des Wahletats umgewidmet.

G: Wahlhaushalt, Zuführung Rücklagen

14.) Zeile 54 **Sonderetat Bundestagswahl 2002**

Aufgrund der Verschlechterung bei den Einnahmen aus Mitgliedsbeiträgen und den Einnahmen aus der staatlichen Grundfinanzierung können wir nur noch 4.1 Mio DM Etat finanzieren. Weitere 700.000 DM müssen noch von den Landesverbänden eingebracht werden. Die SonderBDK im nächsten Jahr ist in den Kosten enthalten. 180.000 DM werden aus der Rücklage BDK`en finanziert.

15.) Zeile 62, 63 **Rücklagenbildung**

Nach dem jetzigen Stand der Rücklagen haben wir zu Beginn des Wahljahres 2 Mio DM Rücklagen angespart. Im Jahr 2001 sollen noch 300.000 DM aus der Indexerhöhung dazukommen. Im Haushalt 2002 waren in der mittelfristigen Planung 1.200.000 DM zusätzlich eingeplant. Das können wir nur erreichen, wenn die Indexerhöhung tatsächlich kommt. Insgesamt kommen wir damit im Jahr 2002 auf 3.5 Mio Rücklagen, die zur Finanzierung des Wahletats dienen. Weitere 600.000 DM ergeben sich aus dem Haushaltsüberschuß in 2002. (Siehe auch in der Einleitung)

Stellenplan

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN BUNDESVERBAND * PERSONALKOSTEN 2002					
Stand 23.08.2001					
BUNDESGESCHÄFTSSTELLE					
			<i>Tarif</i>	2002	2001
Tariferhöhung 2,4 %	ab 1.9.2001				
weitere 2%	ab 1.9.2002 noch offen				
				Umfang	
1 Bundesgeschäftsführung	Organisatorische GeschäftsführerIn	BAT 1A		1,00	1,00
2	Assistentin Geschäftsführung	BAT 5B		1,00	1,00
3 Allgemeiner	Sachb. Adressen/Intranet	BAT 4B		1,00	1,00
4 Geschäftsbereich	Telefondienst (Info,Post,u.a.)	BAT 5C		0,75	0,75
5	Telefondienst (Info,Post,u.a.)	BAT 5C		0,75	0,75
6	Erhöhung Telefondienst	BAT 5C		0,49	0,49
7	SachbearbeiterIn Organisation/Gremien	BAT 5B		1,00	1,00
8	SachbearbeiterIn Organisation/Gremien	BAT 4B		1,00	1,00
9 Technischer Dienst	Hausmeister	BAT 6B		1,00	1,00
10 Vertrieb	Vertrieb	BAT 3		1,00	1,00
11	Vertrieb	BAT 6B		0,530	0,530
12	Vertrieb	BAT 6B		0,714	0,714
13 Bundesvorstand	Politische ReferentIn Vorsitzende/r	BAT 2A		1,00	1,00
14	SekretärIn Vorsitzende/r	BAT 5C		0,68	0,68
15	Erhöhung SekretärIn Vorsitzende/r	BAT 5C		0,32	0,32
16	Politische ReferentIn Vorsitzende/r	BAT 2A		1,00	1,00
17	SekretärIn Vorsitzende/r	BAT 5C		0,68	0,68
18	Erhöhung SekretärIn Vorsitzende/r	BAT 5C		0,32	0,32
19	persönliche ReferentIn pol. Geschäftsf.	BAT 2A		1,00	1,00
20	SekretärIn pol. Geschäftsf.	BAT 5C		0,50	0,50
21	Erhöhung SekretärIn pol. Geschäftsf.	BAT 5C		0,50	0,50
22	Sekretariat Grundsatzprogramm	BAT 5B		0,00	1,00
23	BuvoreferentIn	BAT 2A		0,50	0,50
24	BuvoreferentIn	BAT 2A		0,50	0,50
25 Frauenreferat	Frauenreferat	BAT 2A		1,00	1,00
26 Fundraising	ReferentIn	BAT 2A		1,00	1,00
27 Finanzreferat	Finanzbuchhaltung	BAT 3		1,00	1,00
28	Finanz-sachbearbeitung	BAT 5B		0,75	0,75
29	Finanzreferentin	BAT 2A		1,00	1,00
30 Pressereferat	Pressereferent	BAT 1B		1,00	1,00
31	Mitarbeiterin	BAT 3		1,00	1,00
34 Öffentlichkeitsreferat	Öffentlichkeitsreferentin (2 halbe Stellen)	BAT 2A		1,00	1,00
35	Sekretariat Öffentlichkeitsarbeit	BAT 5C		0,50	0,50
36 EDV	Internet/Vernetzung/EDV	BAT 3		1,00	1,00
	SUMME BUNDESGESCHÄFTSSTELLE			26,50	27,50
	abzüglich Kostenanteil Versand BT-Fraktion				
	zuzüglich pauschal Steigerung um 2% ab 1.9.2002				
				2.544.230 DM	2.490.561 DM
davon aus dem Wahletat					
Jan 2001 - Dezember 2002	Erhöhung Telefondienst	BAT 5C		0,49	0,50
Jan 2001 - März 2001	Erhöhung SekretärIn Vorsitzende/r	BAT 5C			0,32
Jan 2001 - März 2001	Erhöhung SekretärIn Vorsitzende/r	BAT 5C			0,32
Jan 2001 - Dezember 2002	Erhöhung SekretärIn pol. Geschäftsf.	BAT 5C		0,50	0,50
				74.228 DM	85.523 DM
	SUMME Wahlkampf			0,99	1,64
	Im Haushaltsplan damit eingestellt			2.470.002 DM	2.405.037 DM

Wahletat 2001/2002

Der nachfolgende Wahletat ist in einer 1. Lesung im Bundesvorstand und Bundesfinanzrat beschlossen worden. Der Rahmen wird über den Haushaltsplan 2002 mit einem Zuschuß von 4.8 Mio DM begrenzt. Weitere 180.000 DM kommen aus der Rücklage für eine SonderBDK.

Der Haushalt wurde in mehreren Sitzungen der Haushaltskommission im Detail beraten und auf Einsparpotentiale und Synergieeffekte untersucht.

Dem jetzt vorgelegten Entwurf wurde mit großer Mehrheit im Bundesfinanzrat am 28.9.2001 zugestimmt.

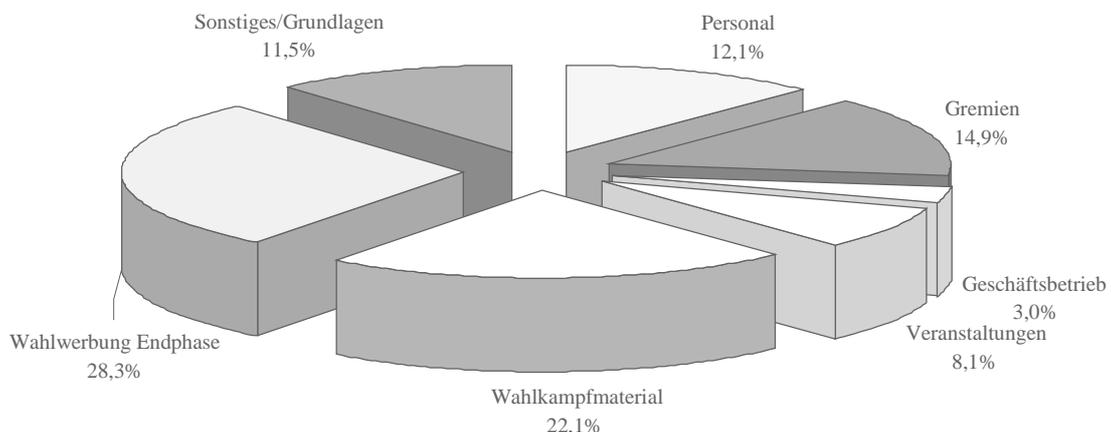
Ein Betrag von 92.000 DM wird noch eingespart (pauschale Minderausgabe).

Ausgaben		Einnahmen	
Personal	832.242 DM	Aktionshaushalt Buvo	100.000 DM
Gremien	1.027.000 DM	Veranstaltungen	30.000 DM
Geschäftsbetrieb	209.000 DM	Wahlkampfmaterial	1.649.200 DM
Veranstaltungen	555.000 DM	Sonstiges	30.000 DM
Wahlkampfmaterial	1.520.000 DM	Aus Vermögen Bundespartei	4.100.000 DM
Wahlwerbung Endphase	1.950.000 DM	Zuschuß Länder	700.000 DM
Grundlagen/Sonstiges	788.000 DM	Auflösung Rücklagen Sonderbdk	180.000 DM
Pauschale Minderausgabe	- 92.042 DM	Zwischensumme HH 2002	4.980.000 DM
Summe	6.789.200 DM		6.789.200 DM

Der Etat ist um etwa 10 % geringer als das Ergebnis im Jahr 1998, wie die vergleichende Übersicht zeigt.

	Plan 2001/2002	1987/1998 laut Endabrechnung	Differenz	in Prozent
Ausgaben	6.789.200 DM	7.490.973 DM	-701.773 DM	-9,4%
Einnahmen	1.809.200 DM	2.254.572 DM	-445.372 DM	-19,8%
Zuschuß Bundeshaushalt	4.980.000 DM	5.236.401 DM	-256.401 DM	-4,9%

Wie sich die Ausgabenpositionen aufteilen, zeigt die folgende Grafik:



Im Detail beinhaltet der Wahlhaushalt die folgenden Positionen, ich möchte allerdings darauf hinweisen, dass im Einzelnen noch Veränderungen beschlossen werden können.

Der Gesamtrahmen - und damit auch der Zuschußbedarf - wird sich aber nicht ändern.

A.	Personal			letzte Großveranstaltung/Event	120.000,00 DM
	Versand	138.000,00 DM		Zielgruppen	50.000,00 DM
	Vorstand	90.000,00 DM		Promitouren/Aufwand SpitzenkandidatInnen	150.000,00 DM
	Telefon/Infoversand	70.000,00 DM		Wahlparty	40.000,00 DM
	Finanzen	30.000,00 DM			
	Stellvertretung Pressestelle			Summe	555.000,00 DM
	Campaignmanager				
	Sekretariat campaignmanager		E.	Wahlkampfmaterial	
	Research			Plakate	600.000,00 DM
	<i>Zwischensumme</i>	454.241,67 DM		Faltblätter	400.000,00 DM
	Aushilfen/Praktikanten	50.000,00 DM		Zeitungen	150.000,00 DM
	Summe	832.241,67 DM		Give away	200.000,00 DM
				Programme	150.000,00 DM
				Sonstiges	20.000,00 DM
				Summe	1.520.000,00 DM
B.	Gremien				
	BDK Berlin	500.000,00 DM			
	BDK Stuttgart	115.000,00 DM	F.	Wahlwerbung Endphase	
	SonderbdK	350.000,00 DM		Wählerinitiative (Mailing, Anzeigen) *	50.000,00 DM
	Länderrat 6. Oktober 2001	10.000,00 DM		Anzeigen *	400.000,00 DM
	Länderrat 2	40.000,00 DM		Grundplakatierung Großflächen	700.000,00 DM
	Landesvorständetreffen	2.000,00 DM		Bahnhofsmedien/Sonderaktionen	200.000,00 DM
	Programmerstellung	10.000,00 DM		Fernsehen/Radio/Kino *	600.000,00 DM
	Summe	1.027.000,00 DM		<i>* gegenseitig deckungsfähig</i>	
				Summe	1.950.000,00 DM
C.	Geschäftsbetrieb		G.	Sonstiges/Grundlagen	
	Bürobetriebskosten	15.000,00 DM		Wähleranalyse/Focusgruppen	246.000,00 DM
	Bewirtung/Repräsentation	14.000,00 DM		Internet - Redaktion	90.000,00 DM
	Telefon/handy	40.000,00 DM		relaunch - internet Auftritt/Fotos	27.000,00 DM
	Internet/Mail/SMS	25.000,00 DM		Internet - Aktivitäten (CMS)	50.000,00 DM
	Porto	20.000,00 DM		Zuschuß LV Berlin(50%)/Hamb	70.000,00 DM
	Kopier-/Druckkosten	15.000,00 DM		Agenturkosten *	250.000,00 DM
	Wahlkampfzentrum/Sonstiges	80.000,00 DM		Argumentationshilfen Direktkan	5.000,00 DM
	Summe	209.000,00 DM		Sonstiges/Agenturauswahl	50.000,00 DM
				Summe	788.000,00 DM
D.	Veranstaltungen		H.	Minderausgabe	
	Europakongreß	75.000,00 DM		Summe	- 92.042,00 DM
	1.Großveranstaltung Auftakt	120.000,00 DM			

Mittelfristige Finanzplanung 2000 - 2006

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Bundesverband Mittelfristige Planung 2000 - 2006							
							NMFP2002a
	St	Buwo am 6.7.2001	Plan				
Stand 24.09.2001							
Vorlage BDK Rostock	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006
1 Haus Berlin	11.866	16.820	16.806	16.600	16.383	16.152	15.908
2 Büroausstattung	333	500	480	460	440	420	400
3 Nicht verfügbares Vermögen	12.199	17.320	17.286	17.060	16.823	16.572	16.308
4 Forderungen LV	781	457	350	350	200	200	200
5 Forderungen andere/Infomaterial	840	1.043	600	700	600	500	500
6 Geldbestände	399	331	176	127	170	98	18
7 verfügbares Vermögen	2.020	1.831	1.126	1.177	970	798	718
8 Summe Aktiva	14.219	19.151	18.412	18.237	17.793	17.370	17.026
9 Verbindlichkeiten LV/KV/Bank	2.152	2.503	1.500	4.300	2.500	2.000	400
10 Verbindlichkeiten andere	982	1.037	250	235	185	185	185
11 Verbindlichkeit Hauskauf Berlin	7.873	12.144	11.950	11.744	11.527	11.294	11.047
12 Rücklagen	350	1.260	2.510	60	1.390	1.720	3.250
13 Reinvermögen (ohne Rücklagen) I.1.	2.863	2.207	2.202	1.898	2.191	2.172	2.144
14 Summe Passiva	14.219	19.151	18.412	18.237	17.793	17.370	17.026
Gesamt staatl. Grundfinanzierung	13.537	13.455	13.155	13.155	13.155	13.155	13.155
15 Einnahmen							
16 Beiträge	2.854	2.790	2.790	2.850	2.850	2.879	2.907
17 Spenden	1.192	1.860	1.830	1.593	1.593	1.593	1.593
18 Zinsen				0			
19 Wahlkampfaufschlag LVe			700	0	0	0	0
20 Einnahmen Haus Berlin		110	135	139	143	148	152
21 Sonstige Einnahmen	57	50	30	30	30	30	30
22 Summe der Eigeneinnahmen	4.103	4.810	5.485	4.612	4.616	4.649	4.682
23 Grundfinanzierung Bund	4.063	4.243	4.157	4.157	3.947	3.947	3.947
24 Summe der Einnahmen Bund	8.166	9.053	9.642	8.768	8.563	8.595	8.629
25 Auflösung Rücklagen	100		3.680		1.200		4.510
26 Grundfinanzierung Länder	9.474	9.212	8.999	8.999	9.209	9.209	9.209
27 Gesamteinnahmen	17.740	18.265	22.320	17.767	18.971	17.804	22.347
28 Ausgaben							
29 Personalausgaben	2.572	2.452	2.554	2.448	2.497	2.547	2.598
30 Geschäftsbetrieb	736	695	684	691	698	705	712
31 Zinsbelastung Kredite Bank/LV/KV	89	75	165	195	123	63	114
32 Hauskosten/Finanzierung Berlin	678	980	980	980	980	980	980
33 Gremienkosten	1.931	1.914	1.280	1.495	1.510	1.525	1.338
34 Bundesvorstand/Parteirat	1.049	1.137	1.208	1.226	1.245	1.264	1.283
35 Öffentlichkeitsarbeit	397	390	380	400	400	400	400
36 Ökofonds/ISF (ab 2003 Defizit)	312	15	0	-450	-550	-550	-750
38 Summe regelm. Ausgaben	7.764	7.658	7.251	6.985	6.902	6.933	6.674
39 Sonderetat Wahlen/KV/OV-Umlage	3		4.980		1.200		4.800
40 Zuschüsse an Gliederungen	9.477	9.212	8.999	8.999	9.209	9.209	9.209
41 Abschreibungen	142	150	165	160	150	160	150
42 Zuführung Rücklagen (Wahlen u.a.)	1.010	1.220	1.200	1.300	1.500	1.500	1.500
43 Zuführung Renovierungs BGS Berlin	0	30	30	30	30	30	30
44 Summe Sonderausgaben	10.632	10.612	15.374	10.489	12.089	10.899	15.689
45 Summe der Ausgaben	18.396	18.270	22.625	17.473	18.991	17.831	22.363
46 Gewinn u. Verlust	-656	-5	-305	294	-20	-28	-16
47 Reinvermögen 31.12.	2.207	2.202	1.898	2.191	2.172	2.144	2.128
48 Rücklagen/Sondervermögen 31.12.	1.260	2.510	60	1.390	1.720	3.250	270
49 Gesamtvermögen	3.467	4.712	1.958	3.581	3.892	5.394	2.398
50 darunter Geldbestände	331	176	127	170	98	18	122

Erläuterungen zur mittelfristigen Finanzplanung

An der mittelfristigen Finanzplanung ist zu erkennen, dass der Bundesverband ab 2003 jährlich 450.000 DM (siehe Zeile 36) einsparen muß, wenn nicht bessere Wahlergebnisse oder eine Verbesserung der Mitgliederzahlen das Defizit vermindern.

Der Bundesvorstand hat im Juni hierzu den Beschluß gefaßt, dass es im Ablauf der mittelfristigen Planung keine Erhöhung der Beitragsumlage und keine Veränderung des Verteilungsschlüssel geben wird.

Die notwendigen Sparmaßnahmen werden nach der Bundestagswahl diskutiert.

- 1.) Das **Haushaltsist 2000** mit einem Defizit von insgesamt 681.000 DM ist eingebaut.
- 2.) Zu Beginn des Jahres 2001 ist das **jetzige Vermögen** in Höhe von 2.207.000 zzgl. 1.260.000 DM Rücklagen enthalten.
- 3.) Bei der **Büroausstattung** gehen wir von 500.000 DM zu Beginn des Jahres 2001 aus. Die Betriebsausstattung fällt dann jährlich um 20.000 DM.
- 4.) **Die Forderungen an die Landesverbände** betragen zum 1.1.2001 insgesamt 443.000 DM
 - a.) Landesverband SLH (Haus)..... 173.255 DM
 - b.) Landesverband Brandenburg..... 52.417 DM
 - c.) Offene Rechnungen Versand..... 217.810 DM

Der Landesverband Brandenburg tilgt mit ca 30.000 DM jährlich. Der LV SLH mit 17.000 DM.

- 5.) Der **Bestand des Infomateriales** ist im Jahr 2000 auf insgesamt 600.000 angestiegen. Im Jahr 2001 ist eine Erhöhung um 100.000 DM eingeplant (Wahlen in 2002). Bis auf Anteile an der TAZ gibt es keine größeren Forderungen. Etwa 40.000 DM sind AN – und Sonstige **Darlehen**. Diese beiden Positionen werden ebenfalls eingeschränkt.
- 6.) Die **Geldbestände** errechnen sich aus der Bilanz. Die Verbindlichkeiten an Bank/LV/KV werden jeweils verändert, um einen positiven Geldbestand zu erreichen. Der maximale Wert wird Anfang 2003 erreicht.
- 7.) Die **Verbindlichkeiten** zum Jahresanfang sind offene Rechnungen. Insbesondere wegen des Umbaus (Sicherheiten) ist die Summe zu Beginn des Jahres 2001 angestiegen
- 8.) **Verbindlichkeiten Hauskauf**
Wir haben 2 Kredite abgeschlossen 8.500.000 bei Ökobank/SGZ mit einer anf. Tilgungsrate von 1,5% oder 127.500 DM und bei der Münchener Hypothekenbank in Höhe von 4 Mio. DM. Bei einer Tilgung von 1,5%. In der mittelfristigen sind jetzt jährliche Steigerungen der Tilgung um ca 12.000 DM eingeplant.
- 9.) **Das Reinvermögen incl Rücklagen entwickelt sich wie folgt:**

2000.....	3.467.000
2001.....	4.712.000
2002.....	1.958.000
2003.....	3.581.000

2004.....	3.892.000
2005.....	5.394.000
2006.....	2.398.000

- 10.) Die **staatliche Grundfinanzierung** fällt 2001 um 800.000 im Vergleich zu 1999 aufgrund der Wahlergebnisse und der ausfallenden Spenden in 1999 ff. Eine Indexerhöhung um 2% macht 300.000 DM aus. Dieser Betrag verbleibt für die nächsten 3 Jahre nach Beschluß im Bundesfinanzrat für die Bundestagswahl bei der Bundespartei.
- 11.) Die **Beitragszahlen** sind in der Planung jetzt korrigiert auf 46.500. Jährliche Steigerungsraten von 1% sind eingeplant.
- 12.) Bei den **Spenden von juristischen und anderen Personen** sind in 2001 360.000 DM und in 2002 380.000 DM eingeplant. Ab 2003 gibt es weniger Spenden von den Abgeordneten aufgrund Verkleinerung des Bundestages, außerdem gehen wir zur Zeit noch von der Befristung der Stelle Fundraising aus, in 2003 sind darum weitere 50.000 DM an Spenden weniger eingestellt.
- 13.) Bei den Personalausgaben sind jeweils 2% Tarifsteigerung eingeplant. Ab Januar 2002 entfällt das Referat Grundsatzprogramm.
- 14.) Beim Geschäftsbetrieb sind die Zinsen für die Liquiditätskredite enthalten. Und zwar in
- | | |
|-----------|------------|
| 2000..... | 89.000 DM |
| 2001..... | 75.000 DM |
| 2002..... | 165.000 DM |
| 2003..... | 195.000 DM |
| 2004..... | 123.000 DM |
- 15.) Bei den **Gremienkosten** gehen wir ab 2002 von jährlich 1 BDK a 500.000 DM, zwei Länderräten a 15.000 DM, einer Frauenkonferenz a 60.000 DM, 2 Frauenräten a 7.500 DM, sowie Kosten für Büro Grün 115.000 DM, Mitgliederzeitung 233.000 DM, BAG 228.000 DM Jugend 190.000 DM, Internet und diverser Aufwand in Höhe von 50.000 DM aus. Im Jahr 2002 wird eine 2,5 tägige und eine 1,5 tägige BDK aus dem Wahletat finanziert (500.000 DM bzw. 330.000 DM) Eine weitere mit 330.000 DM ist enthalten für die Koalitionsvereinbarung und Buwovahl nach der Bundestagswahl.
- 16.) Beim **Bundesvorstand (6)** steigt im Plan das Gehalt um 2%. Der Aufwand beträgt 250.000 DM, der Parteirat kostet 50.000 DM.
- 17.) **Sonderetat Wahlen**
Bei der jetzigen Beschlußlage haben wir 4.800.000 DM Wahletat eingestellt. Ich verweise darauf, dass in der Planung die Einnahmen aus Spenden der MdB's und MdEP's bei 1.450.000 DM liegen, dass Defizit in 2000 in Höhe von 460.000 DM wurde beim Reinvermögen abgerechnet. Das bedeutet, die Kreditlinie zu Beginn des Jahres 2003 muß auf 4.3 Mio DM erhöht werden. (Vorher 3.8 Mio DM).
- 18.) Ab 2001 wird eine jährliche **Renovierungsrücklage** in Höhe von 30.000 DM gebildet.
- 19.) Ab 2000 wird eine jährliche Rücklage für **SonderBDK** in Höhe von 90.000 DM gebildet. Die Rücklage zum Jahresende 2001 für eine SonderBDK in Höhe von 180.000 DM wird in 2002 aufgelöst. 60.000 DM sind für Renovierungskosten zurückgelegt.

Abschlußbericht 2000

- 1.) Die Bundespartei hat einen Einnahmeausfall im Jahre 2000 in Höhe von 1.179.000 DM zu verkraften. Auf die Bundesebene entfallen hiervon 721.000 DM - das macht etwa 6,3% der geplanten Einnahmen aus.

Bei den Spenden der Abgeordneten und MinisterInnen fehlen im Vergleich zum Plan zum Jahresende 2000 insgesamt 473.000 DM. Die Beitragsumlage der Mitglieder fiel um 83.000 DM. Weiterhin mussten wir bei der staatlichen Grundfinanzierung 195.000 DM Ausfall alleine für die Bundesebene verkraften.

Die geplanten Spenden von Privatpersonen und Unternehmen lagen bei 140.000 DM. Erhalten haben wir insgesamt 165.000 DM, davon 105.000 DM von juristischen Personen.

- 2.) Das Volumen der regelmäßigen Ausgaben der Bundespartei liegt um etwa 46.000 DM oder 0,6% unter dem geplanten Ansatz.

Nicht eingeplant waren die zusätzlichen Kosten in Höhe von 41.500 DM für die Stelle und den Aufwand ISF, sowie für das Einweihungsfest in Höhe von 50.000 DM. (Unter Position Sonstiges) Diese Kosten konnten insbesondere durch Einsparungen bei den Personalkosten (63.000 DM) und den Portokosten (79.000 DM) aufgefangen werden.

Beim Bundesvorstand/Parteirat hält sich das Ausgabevolumen im beschlossenen Rahmen.

- 3.) Eine weitere Belastung der Finanzen der Bundespartei sind zusätzliche Abfindungs- und Umzugskosten in Höhe von 144.000 DM aufgrund der Betriebsvereinbarung aus dem Jahre 1996.

Insgesamt wurden damit für den Umzug nach Berlin (Transport und Kosten für die Belegschaft) und für die Abfindungen in Bonn knapp 800.000 DM ausgegeben. 650.000 DM waren durch Rücklagen finanziert.

GRÜNE BV - HAUSHALT 2000	Plan 12/00	IST 12/00 Stand 16.8.2001	Abweichung	Prozent
EINNAHMEN	18.819.188	17.639.230	-1.179.958	-6,3%
EIGENEINNAHMEN	4.630.188	4.102.712	-527.477	-11,4%
STAATLICHE FINANZIERUNG	14.189.000	13.536.519	-652.481	-4,6%
AUFLÖSUNG RÜCKLAGEN	0	0	0	0,0%
AUSGABEN	18.819.188	18.302.256	-516.932	-2,7%
PERSONALAUSGABEN	2.390.679	2.328.159	-62.520	-2,6%
LFD. GESCHÄFTSBETRIEB	1.685.575	1.653.739	-31.836	-1,9%
GREMIENARBEIT	1.914.000	1.931.043	17.043	0,9%
BUNDESVORSTAND	1.056.634	1.049.413	-7.221	-0,7%
ÖFFENTLICHKEITSARBEIT	400.000	396.657	-3.343	-0,8%
ZUSCHÜSSE AN ÖKOFONDS/ISF	270.000	311.708	41.708	15,4%
SUMME REGELM. AUSGABEN	7.716.888	7.670.719	-46.169	-0,6%
SONDERHAUSHALTE WAHLEN	0	2.729	2.729	0,0%
ZUSCHÜSSE AN GLIEDERUNGEN	9.932.300	9.476.273	-456.027	-4,6%
ABSCHREIBUNGEN	160.000	142.535	-17.465	-10,9%
ZUFÜHRUNG RÜCKLAGEN	1.010.000	1.010.000	0	0,0%
Etat - Ausgleich	0	-663.026	-663.026	

Erläuterungen zum Haushaltsabschluss des Bundesverbandes 2000

GRÜNE BV - HAUSHALT 2000	Plan 12/00	IST 12/00 Stand 16.8.2001	Abweichung	Prozent
EINNAHMEN	18.819.188	17.639.230	-1.179.958	-6,3%
EIGENEINNAHMEN	4.630.188	4.102.712	-527.477	-11,4%
Mitgliederbeiträge	2.940.000	2.854.048	-85.952	-2,9%
Spenden der Abgeordneten	1.500.000	1.026.178	-473.822	-31,6%
Sonstige Spenden	140.188	165.334	25.146	
Kapitalerträge	0	0	0	
Sonstige Einnahmen	50.000	57.151	7.151	14,3%
STAATLICHE FINANZIERUNG	14.189.000	13.536.519	-652.481	-4,6%
Grundfinanzierung Bund	4.256.700	4.062.510	-194.190	-4,6%
Grundfinanzierung Länder	9.932.300	9.474.009	-458.291	-4,6%
AUFLÖSUNG RÜCKLAGEN	0	0	0	
Wahlkämpfe	0	0	0	
Sonstige Rücklagen	0	0	0	

EINNAHMEN

Mitgliedsbeiträge

Durch den Rückgang der Mitglieder um ca. 2.770 (= 2.285 geringer als die Planung) mit einem voraussichtlichen Endstand per 12/2000 von rund 46.600 Mitgliedern fielen die Mitgliedsbeiträge um 86.000,-- DM geringer aus als erwartet.

Spenden der Abgeordneten

Bereits ausgiebig diskutiert wurde der Rückgang der Spenden der Mandatsträger um 470.000,- DM nach dem BDK-Beschluss im März 2000 in Karlsruhe, der die bisherige Regelung der Sonderbeiträge ersetzt. Etwa 190.000 DM wurden in 2001 nachgezahlt. 50.000 DM fehlen alleine aufgrund der Austritte der beiden ehemaligen MdEP's.

Sonstige Spenden

In dem Posten sonstige Spenden sind sowohl die eingegangenen Unternehmensspenden in Höhe von 105.000,-- DM enthalten, als auch die Spenden von Privatpersonen. Der höhere Zahlungseingang ist vor allem auf den Spendenaufruf im Schrägstrich zurückzuführen, der mit einem Betrag von rund 36.000,-- im Jahr 2000 zu Buche schlägt. (im Jahr 2001 kamen weitere 7.000 DM dazu) Die Kosten für diesen Aufruf (Beilage, Layout, Druck) beliefen sich auf knapp 20.000,-- , so dass per Saldo 23.000,-- DM zusätzlich an Einnahmen zu verzeichnen waren.

Kapitalerträge

Diese Haushaltsposition wurde mit den Zinsausgaben saldiert, so dass keine Einnahmen ausgewiesen werden.

Staatliche Grundfinanzierung:

In der Planung für das Haushaltsjahr 2000 gingen wir davon aus, dass wie auch in der Vergangenheit die großen Parteien nach dem Bundestagswahljahr wieder weniger Spenden erhalten. Das war für alle überraschend gerade bei der CDU nicht so.

Aus diesem Grunde haben wir erst zum 1. Dezember zur Kenntnis nehmen müssen, dass unsere Einnahme um 650.000 DM geringer ist.

Sonstige Einnahmen

Als sonstige Einnahmen wurden u.a. 23.000,-- DM aus der Auflösung von Rückstellungen verbucht. Ausserdem sind in dieser Position die Zuschüsse von den Landesverbänden (Zinsen für das Darlehen LV Schleswig - Holstein) und Erträge aus dem Verkauf von Anlagevermögen enthalten.

Ausgaben (siehe Tabelle übernächste Seite)

Personalausgaben

Die Personalausgaben sind um insgesamt 62.520,-- DM niedriger ausgefallen als erwartet. Dies resultiert vor allem daraus, dass bei einem MitarbeiterInnenwechsel die Stellen nicht umgehend wieder besetzt wurden bzw. für neu zu besetzende Stellen jüngere MitarbeiterInnen eingestellt wurden, die in Anlehnung an den BAT-Tarif damit niedrigere Gehälter erhalten. Bei den sonstigen Personalkosten betrug die Rückstellung für die Berufsgenossenschaft 8.000,-- DM weniger und der Posten Stellenanzeigen / Weiterbildung wurde nur zur Hälfte ausgeschöpft.

Laufender Geschäftsbetrieb

Beim laufenden Geschäftsbetrieb gibt es bei den einzelnen Posten größere Abweichungen, die sich allerdings nahezu aufheben, so dass in der Summe ein ausgeglichener Haushalt zu verzeichnen ist. Hervorzuheben ist die drastische Einsparung in Höhe von 80.000,-- DM bei den Portokosten. Dies ist vor allem auf die geringere Anzahl von Aussendungen und Verschickungen per e-mail zurückzuführen. Die Überziehung bei den sonstigen Kosten resultiert aus den Kosten in Höhe von 50.000,-- DM für das Hausfest nach der Fertigstellung des Umbaus. Die höheren Hauskosten sind vor allem auf die monatlich um 2.000,-- höhere Miete der Lagerhalle des Versandes zurückzuführen. Außerdem musste die Januarmiete für Bad Breisig in Höhe von 7.000,-- DM noch gezahlt werden.

Tagungen

Für die beiden BDK's einschliesslich der Honorare für Büro Grün sind Kosten in Höhe von 960.000,-- DM angefallen. Weitere 60.000,-- DM wurden für den Frauenkongress in 2001 zurückgestellt, 2 Länderräte und 2 Frauenräte kosteten ebenfalls zusammen 60.000,-- DM und kleinere Tagungen (Finanzrat, Haushaltskommission, Landesvorständetreffen) zusammen noch einmal 25.000,-- DM. In der Summe von 95.000,-- DM für das Grundsatzprogramm sind 60.000,-- DM Rückstellungen enthalten, die erst im Jahre 2001 verbraucht werden.

Aufwand BAG'n

Der Haushaltsansatz der BAG'n wurde diese Jahr nicht ganz ausgeschöpft, da es einige BAG'n gab, die sich seltener getroffen haben und der Spendenanteil bei einigen BAG'n bis zu 50% des Aufwandes beträgt.

Aufwand Sonstige

Hier sind die Reisekosten der Mitarbeiter der Bundesgeschäftsstelle, der Rechnungsprüfer, des Schiedsgerichtes enthalten

Personal Bundesvorstand

In dieser Position sind die Bruttokosten für die 6 Buvomitglieder enthalten, bei 2 Mitgliedern werden auch wie vereinbart Kinderbetreuungskosten gezahlt.

Aktionshaushalt Buvo

Aus dem Aktionshaushalt wurden u.a. folgende Ausgaben bestritten: 140.000,-- DM für den Wahlkampf in Schleswig-Holstein, 40.000,-- DM für eine Spiegelanzeige in Kooperation mit der SPD, 30.000,-- DM Förderbeitrag für die European Greens sowie 15.000,-- für das Mentoring-Programm für Frauen. Ausserdem gab es Veranstaltungen zur Wirtschaftspolitik (17.000,-- DM) und den Spendenaufruf im Schrägstrich (20.000,-- DM). Ebenfalls hierin enthalten ist der jährliche Zuschuß für die AKP (Alternative Kommunalpolitik) in Höhe von 12.000 DM.

Aktionshaushalt BAG'n

Mit dem Aktionshaushalt der BAG'n wurde vor allem die Demonstration am 09.11.2000 mit 28.000,-- DM unterstützt und die Tagung zur Pränataldiagnostik mit rund 14.000,-- DM.

Beschluss der Bundesdelegiertenkonferenz in Rostock am 24./25. November 2001

GRÜNE BV - HAUSHALT 2000	Plan 12/00	IST 12/00 Stand 16.8.2001	Abweichung	Prozent
AUSGABEN	18.819.188	18.302.256	-516.932	-2,7%
PERSONALAUSGABEN	2.390.679	2.328.159	-62.520	-2,6%
BGST Bonn/Berlin	2.291.679	2.246.053	-45.626	-2,0%
Sonstige Personalkosten	99.000	82.106	-16.894	-17,1%
LFD. GESCHÄFTSBETRIEB	1.685.575	1.653.739	-31.836	-1,9%
Hauskosten BGST	108.400	140.219	31.819	29,4%
Hauskosten/Zinsen Berlin	832.175	829.262	-2.913	-0,4%
Zinsbelastung Kredite(Länder/Bank)	105.000	89.440	-15.560	-14,8%
Bürobetriebskosten	139.000	133.023	-5.977	-4,3%
Telefon, Telefax	94.000	112.218	18.218	19,4%
Porti	145.000	65.168	-79.832	-55,1%
Rechtskosten	17.000	3.925	-13.075	-76,9%
Wirtschaftsprüfer	14.000	11.153	-2.847	-20,3%
Versicherungen	25.000	24.793	-207	-0,8%
Kfz-Betriebskosten	6.000	5.288	-712	-11,9%
Informationskosten	130.000	113.945	-16.055	-12,3%
Bewirtung/Repräs.	20.000	2.817	-17.183	-85,9%
Sonstiges	30.000	99.081	69.081	230,3%
A.o.Ausgaben/Umzugskosten	20.000	23.408	3.408	17,0%
GREMIENARBEIT	1.914.000	1.931.043	17.043	0,9%
Tagungen	1.133.000	1.199.887	66.887	5,9%
Aufwand BAGs	228.000	203.247	-24.753	-10,9%
Aufwand Sonstige	50.000	36.286	-13.714	-27,4%
Mitgliederzeitung	263.000	255.325	-7.675	-2,9%
Internet	50.000	42.798	-7.202	-14,4%
Jugendverband	190.000	193.500	3.500	1,8%
BUNDESVORSTAND	1.056.634	1.049.413	-7.221	-0,7%
Personal Bundesvorstand (6 Pers.)	755.034	762.945	7.911	1,0%
Aufwand BUVO/Parteirat/Fachkom.	301.600	286.468	-15.132	-5,0%
ÖFFENTLICHKEITSARBEIT	400.000	396.657	-3.343	-0,8%
Aktionshaushalt BUVO	350.000	349.458	-542	-0,2%
Aktionshaushalt BAGs	50.000	47.199	-2.801	-5,6%
ZUSCHÜSSE AN ÖKOFONDS/SF	270.000	311.708	41.708	15,4%
ÖKOFONDS ZUSCHUSS LV`en	270.000	270.126	126	0,0%
INTERNATIONALER SOLIFONDS	0	41.581	41.581	
SUMME REGELM. AUSGABEN	7.716.888	7.670.719	-46.169	-0,6%
SONDERHAUSHALTE WAHLEN	0	2.729	2.729	0,0%
Sonderetat Bundestagswahl 98	0	2.729	2.729	
ZUSCHÜSSE AN GLIEDERUNGEN	9.932.300	9.476.273	-456.027	-4,6%
Grundfinanzierung	9.932.300	9.474.009	-458.291	-4,6%
Sonst. Zuschüsse + LTW	0	2.265	2.265	
ABSCHREIBUNGEN	160.000	142.535	-17.465	-10,9%
Büroausstattung	110.000	127.317	17.317	15,7%
Infoforderungen/Sonstige	50.000	15.218	-34.782	-69,6%
ZUFÜHRUNG RÜCKLAGEN	1.010.000	1.010.000	0	0,0%
Wahlkämpfe	920.000	920.000	0	0,0%
Sonderrücklagen BDK	90.000	90.000	0	0,0%
Etat - Ausgleich	0	-663.026	-663.026	

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Bundesverband Bilanz Per 31. Dezember 1999				interne Bilanz	
Stand 20.8.2001					
Aktiva			Passiva		
Haus Berlin		11.866.010 DM	Rückstellungen		88.768 DM
Büroausstattung		332.641 DM	Verb Länder		36.132 DM
			Festgelder LV/KV		706.872 DM
			Verbindlichkeiten Banken		9.306.448 DM
Forderung LV/KV		781.059 DM	Sonstige Verbindlichkeiten		867.735 DM
Geldbestände		398.689 DM			
			Reinvermögen		2.861.663 DM
Sonstiges/Infovertrieb		839.610 DM	Rücklage (zusätzlich)		350.391 DM
Summe Aktiva		14.218.010 DM	Summe Passiva		14.218.010 DM
Reinvermögen laut Bilanz 2000		2.861.663,01 DM			
Eigeneinnahmen		4.102.711,50 DM			
staatliche Mittel		13.536.518,58 DM			
Ausgaben		7.273.526,03 DM			
Zuschüsse an Gliederungen		10.011.300,66 DM			
Zuführung Rücklagen		1.010.000,00 DM			
errechnetes Reinvermögen 2000		2.206.066,40 DM			0,00 DM
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Bundesverband Bilanz Per 31. Dezember 2000					
Aktiva			Passiva		
Haus Berlin		16.820.291 DM	Rückstellungen		177.600 DM
Büroausstattung		499.578 DM	Verb Länder		68.270 DM
			Festgelder LV/KV		2.212.175 DM
			Verbindlichkeiten Banken		12.367.273 DM
Andere Forderung LV		457.019 DM	Sonstige Verbindlichkeiten		860.231 DM
Geldbestände		331.665 DM			
			Reinvermögen		2.206.066 DM
Sonstiges/Infovertrieb		1.043.062 DM	Rücklage (zusätzlich)		1.260.000 DM
Summe Aktiva		19.151.616 DM	Summe Passiva		19.151.616 DM

Der Rechenschaftsbericht 2000 der Gesamtpartei liegt noch nicht vor. Bis zur BDK wird es wie üblich einen Bericht zur Finanzlage der Gesamtpartei auch im Vergleich zu den anderen Konkurrenten geben.